Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8. Fernsprecher 153 u. 222.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4046), L. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 2035) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7503).

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.)

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 64. **Freitag** den 5. Februar 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der deutsche Kronprinz ist der deutschen Kolonialgesellschaft als Mitglied beigetreten.

* In der Reichstagskommission für die Kaufmannsgerichte ist ein Konflikt zwischen der Kommissionsmehrheit und der Regierung entstanden, die Kommission will Kaufmannsgerichte schon in Städten mit mehr als 20 000, die Regierung nur in solchen mit mehr als 50 000 Einwohnern errichten.

* Im preußischen Abgeordnetenhause erklärt sich der Landwirtschaftsminister v. Podbielski gegen das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter.

* In Köln amtieren die fremden Krankenkassenärzte bis auf einen weiter. Die Krankenkassen halten sich an den Vertrag mit diesen Aerzten gebunden. Sie wandten sich beschwerdeführend an die Ministerien.

Blinder Eifer.

Es ist nicht immer böser Wille, der zu verhängnisvollen Katastrophen führt; es ist viel häufiger die Ungeschicklichkeit, mit der die Verwirklichung guter Absichten versucht wird. Mag immer der Spruch, daß es bei großen Dingen genüge, das beste gewollt zu haben, in einer gewissen Beschränkung zu recht bestehen: für die Politik gilt er nicht. Hier heißt es vielmehr, nichts zu erstreben, dessen Durchführung unmöglich, und jeden Weg zu vermeiden, dessen Ende nicht abzusehen ist.

Gerade bei der heutigen Lage der deutschen Politik muß sich diese Erwägung dem prüfenden Blick aufdrängen. Man hat angesichts des Herero-Aufstandes nach den Gründen gesucht, die gleich der Wirkung des Funkens auf das Pulverfaß den elementaren Ausbruch des Hasses bei den Eingeborenenstämmen Südwestafrikas verursacht haben. Die Regierung stand bekanntlich vor einem Rätsel; die öffentliche Besprechung des Herero-Aufstandes hat seitdem manchen Beitrag zu seiner Lösung gegeben. Man ist wohl heute darüber einig, daß die ganze Art und Weise unserer Kolonialpolitik den Schwarzen unseres Schutzgebietes gegenüber verfehlt war; man wurde sich besonders darüber klar, daß die drückenden Schuldverhältnisse und die rigorose Eintreibung der Schulden den Groll der Herero verstärken mußten. Aber es schien noch immer der eigentliche Anlaß zu der blutigen Empörung zu fehlen, eben jener Funke, der den aufgespeicherten Groll zum elementaren Ausbruch brachte.

Wenn nicht alles täuscht, so ist auch dieser Nachweis jetzt geführt. Man erinnert sich, daß die Ermordung des Tierarztes Kämpny das Signal zum Aufstande der Herero gab. Die „Berl. klinische Wochenschr." macht es nun wahrscheinlich, daß Kämpny dem Vorurteil der Herero zum Opfer gefallen ist. Er hatte die Kochsche Rinderpestimpfung durchzuführen, was dem Argwohn der Herero erregte. Offenbar ist es unmöglich gewesen, diesen halbwilden Stämmen klar zu machen, um welch' segensreiche Bestrebungen es sich hierbei handelte. Südwestafrika hat seit Jahren unter der Rinderpest schwer zu leiden. Es kann kaum eine größere und edlere Aufgabe geben, als das Land von dieser Seuche zu befreien. Aber der Herero, dem, wie allen Naturvölkern, der Blick für die allgemeinen Interessen völlig abgeht, sah nur, daß ein Teil der geimpften Rinder zu Grunde ging. So kam er zu dem Trugschluß, daß man ihn durch teuflische Mittel um seinen einzigen Reichtum, seine Rinderherden, bringen wolle. Kämpny, der Vollstrecker einer Kulturmission, wurde aus dem Hinterhalt erschossen, und das Unheil nahm seinen Lauf.

Man wird jene Naturkinder zum Gehorsam zwingen, den der niedrigerstehende Volksstamm dem höherkultivierten schuldet; aber man wird sie nicht zu hart wegen dieser Tat verdammen dürfen. Was dort die Herero in blinder Angst um ihre Habe und ihre Existenz getan haben, das haben auch Kulturvölker nur zu oft sich zu schulden kommen lassen. Wie mancher Wohltäter der Menschheit hat mit Gefängnis und Tod dafür büßen müssen, daß er seiner Zeit zu weit voraus war; wie mancher ist Zeit seines Lebens geschmäht und verfolgt worden, weil ihn die Mitwelt nicht verstanden hat. Man braucht nur, um einen ähnlichen Fall heranzuziehen, an die Schutzpockenimpfung zu erinnern, die ja ein Vorbild der Kochschen Impfmethode ist. Wie zahlreich sind selbst im kultivierten Deutschland die Gegner des Impfens gewesen und sind es noch heute, hundert Jahre nach der Einführung des Impfzwanges! Wie viel Aerger und Verdruß hat dieser Zwang, gegen den noch immer in endlosen Petitionen protestiert wird, verbreitet! Da kann es nicht verwundern, daß ein auf so niedriger Stufe stehender Stamm wie die Herero den Segen der Schutzimpfung nicht begreifen kann.

Aber wenn man sich schon in diesem Falle fragen soll, ob es in Südwestafrika mit der obligatorischen Durchführung der Rinderpestimpfung nicht zu früh gewesen ist, ob man nicht besser getan hätte, durch Beispiel und Belehrung einem allgemeinen Impfzwange vorzuarbeiten, so ist diese Frage erst recht berechtigt, wenn es sich um Angelegenheiten der inneren Politik handelt. Wohltaten soll man niemandem aufzwingen, das gilt gerade auf sozialpolitischem Gebiete, auf dem jetzt so eifrig gearbeitet wird, das gilt aber von der Gesetzgebung überhaupt.

Der Reichstag hat in den letzten Wochen einen geradezu fieberhaften Eifer in der Einbringung von sozialpolitischen Anträgen, Interpellationen und Resolutionen entwickelt. Ueber alle möglichen und unmöglichen Dinge, die zur Einrenkung der aus den Fugen gegangenen Zeit mithelfen sollen, wurde bereits verhandelt und wird noch weiter verhandelt werden. Jede Partei bietet womöglich gleich ein Dutzend Rezepte, um den kranken Staat und die kranke Gesellschaft zu heilen. Was wird die Folge sein? Wir fürchten sehr, daß auch in diesem Falle der Uebereifer nur Schaden stiften wird. Bei dem allgemeinen Wettlaufen um die Volksgunst und das Volkswohl geht schließlich allen der Atem aus, ohne daß wirklich etwas erreicht wird.

Nicht, daß einem tatenlosen Quietismus das Wort geredet werden sollte. Aber es wäre richtiger, anstatt die Kräfte in tausend Ansätzen zu verzetteln, wenn man sich einen einzigen Punkt, der besonders besserungsbedürftig erscheint, auswählte und auf ihn die ganze Anstrengung richtete. Dann hätte man Aussicht, wirklich zum Ziele zu kommen. So aber, wie die Sache heute gehandhabt wird, bleibt es bei allgemeinen Beteuerungen eines platonischen Wohlwollens, während die Reformtätigkeit nicht vom Flecke kommt.

Auch ist wohl zu bedenken, daß die Wirkung auf die Volkskreise, die mit Wohltaten bedacht werden sollen, oft recht unerwünscht ist. Wir haben in dieser Beziehung Herero auch im eigenen Lande. Besonders soweit es sich darum handelt, die Arbeiterklasse wieder der bestehenden Ordnung zurückzugewinnen, sollten die manchmal übereifrigen Stürmer und Dränger wohl erwägen, ob es ihnen die Arbeiter auch danken werden. Es könnte ihnen leicht gehen wie dem Tierarzt Kämpny, der dafür büßen mußte, daß er den Herero Wohltaten erweisen wollte. Und doch hatte Kämpny immer noch das Bewußtsein, daß er nur tat, was seine Pflicht ihm gebot, während die freiwilligen Reformer den Schaden, den ihr Uebereifer ihnen bringt, sich selbst zuzuschreiben haben.

Eine Abhülfe für diese Vielgeschäftigkeit ohne Ziel und Zweck ist freilich nicht so leicht zu finden. Es liegt im heutigen System, daß mehr experimentiert als wirklich geschaffen und gearbeitet wird. Soweit besonders der Reichstag in Betracht kommt, ist es zweifellos, daß der Diätenmangel die Ueberhandnahme nutzloser Debatten begünstigt, da jeder Abgeordnete eine Auszählung des Hauses beantragen und damit bei der schwachen Präsenzziffer die Sitzung sprengen kann. Der Reichstag muß deshalb all das endlose Gerede der Weltverbesserer über sich ergehen lassen. Aber die Regierung will nun einmal in die Diäten nicht willigen, vielleicht weil sie mit einem schwachen Reichstage besser auszukommen hofft, als mit einem straff gezügelten, der dadurch auch viel stärker würde.

In einer oder der anderen Weise muß trotzdem eine Aenderung herbeigeführt werden. Fürst Bismarck hat mit Recht als politischen Grundsatz aufgestellt, das Ruhende nicht zu bewegen. Daß er dabei sehr wohl im stande war, wo es not tat, die eingreifendsten Aenderungen vorzunehmen, das zeigen unsere Versicherungsgesetze. Er hat damit einen sozialpolitischen Status geschaffen, über den wir heute noch nicht weit hinausgekommen sind. Es ist dieses zielbewußte Arbeiten und Eingreifen am rechte Orte, was ihn auszeichnete. Seine Epigonen beweisen leider, daß sie noch viel von ihm lernen können.

Das deutsche Reich ist glücklicherweise zu gesund, um nicht auch solche Prüfungen überwinden zu können. Es wird den Herero seinen Willen aufzwingen und es wird auch allmählich im Innern wieder zu friedlichen Zuständen sich durchringen. Aber man sollte doch aus solchen bedenklichen Symptomen lernen. Und besonders sollten diejenigen Gesellschaftsschichten, die vor allem die staatliche Ordnung verbürgen, sich hüten, durch blinden Eifer die Verwirrung noch zu vergrößern.

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 4. Februar.

* **Zur praktischen Sozialpolitik** bei den preußisch-hessischen Staatsbahnen schreibt die „Ztg. des Vereins D. Eisenb.-Verwaltungen":

Daß die deutschen Staatsbahnverwaltungen sich ihrer Aufgabe, für ihr zahlreiches Dienstpersonal eine wohlwollende Fürsorge zu betätigen, voll bewußt sind, ist wiederholt hervorgehoben worden. In unzweideutiger Weise zeigen das wieder die neuen Etats, die gegenwärtig überall zur Beratung stehen. Die Mitteilungen über diese Beratungen werden voraussichtlich Gelegenheit bieten, auf die vielfachen Verbesserungen, die zu Gunsten des Personals vorgesehen sind, noch zurückzukommen. Für heute möge nur auf zwei Anordnungen verwiesen werden, die kürzlich für den Bereich der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft getroffen sind. Die eine Anordnung geht dahin, daß künftig alle die Eisenbahnarbeiter, die aus der Beschäftigung zur Fahne einberufen werden, ihre aktive Militärpflicht erfüllen und dann wieder in ihren früheren Beruf bei der Eisenbahn eintreten, bei ihrer Lohnbemessung so behandelt werden, als wenn sie auch während der Militärzeit gearbeitet hätten. Die Leute steigen danach im Lohn genau so, wie ihre ununterbrochen tätig gewesenen Arbeitsgenossen. Das war an und für sich eine einfache Anordnung, ein Federstrich. Die zweite Maßnahme ist erst am 1. d. M. in Kraft getreten. Bisher erhielten die unteren Hülfsbedensteten, Handwerker und Arbeiter, wenn sie einschließlich der Militärdienstzeit ununterbrochen 25, 35 und 50 Jahre im Eisenbahndienst beschäftigt waren, bei der Erfüllung dieser Beschäftigungsabschnitte eine Geldbelohnung von 30, 60 und 100 ℳ. Gegen 90 000 bis 100 000 ℳ wurden auf diese Weise alljährlich an die langjährig beschäftigten Leute verteilt. Künftig soll das Verbleiben in der Arbeit bei der Staatseisenbahnverwaltung schon nach einer 20jährigen Beschäftigungsdauer und von da ab in je 5jähriger Zeit belohnt werden. Es sollen nämlich nach einer ununterbrochenen Beschäftigung von 20 Jahren 20 ℳ (neu), von 25 Jahren 30 ℳ (wie bisher), von 30 Jahren 40 ℳ (neu), von 35 Jahren 60 ℳ (wie bisher), von 40 Jahren 80 ℳ (neu), von 45 Jahren 100 ℳ (neu) und von 50 Jahren 150 ℳ (statt wie bisher 100 ℳ) gewährt werden. Beide Anordnungen zeigen, daß es dem preußischen Staatsminister Budde Ernst damit ist, treue Arbeit nicht nur mit Worten, sondern auch mit klingender Münze anzuerkennen.

* **Sozialdemokratischer Terrorismus.** Einer der schlimmsten Fälle von sozialdemokratischem Terrorismus wird im „Deutschen Metallarbeiter", dem Organ des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, aus Frankfurt a. M. berichtet:

„In der Metallwarenfabrik Knabenschuh zu Frankfurt a. M. trat vor etwa vierzehn Tagen der christlich organisierte R. B. in Arbeit. Dem Vertrauensmann des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes erklärte er auf dessen sofortige Frage, daß er Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes sei; gegenüber den nun vereint angestellten „Bekehrungsversuchen" der „Genossen" blieb er standhaft. Auch Drohungen blieben erfolglos. Doch nun ging die Hetze erst recht los. Eine Genosse, Kaspari, rief ihm zu: „Du Schwarzer, Du Strikebrecher, Du Bettbruder, Du hast wohl gestern wieder Vaterunser gesammelt"? usw. Als R. B. auf einen Augenblick seine Arbeitsstelle verlassen hatte, beschädigten sie seine Arbeit, die längere Zeit in Anspruch genommen hatte. Sie ruinierten das Stück derartig, daß äußerlich nichts zu merken war, dadurch, daß sie eine fertige Form aushöhlten. Bei einigem Hantieren damit mußte die Arbeit in sich zusammenfallen. Nur einem glücklichen Zufall war es zu danken, daß R. B. den Streich frühzeitig wahrnahm. Er meldete es sofort dem Werkmeister, der die „Genossen" denn auch scharf tadelte. Aber dies schlug dem Faß den Boden aus. Kaum hatte der Werkmeister den Raum verlassen, da ging es los. „Genosse" K. erklärte dem B.: „Wir kommt es nicht darauf an, wenn ich auch ein paar Jahre ins Zuchthaus komme, aber Dich schlage ich dann, daß Du ebensolange ins Krankenhaus kommst. Wenn ich Dich schlage, läuft Dir der rote Saft davon. Wenn ich auch Frau und Kinder habe." Die übrigen Genossen unterstützten ihn mit höhnischem Lachen. Als R. B. am Dienstag morgen wieder zur Arbeit kam, ging die Schimpferei wieder los. K. gebrauchte Ausdrücke, die man gar nicht wiedergeben kann. Der christliche Arbeiter zog es nun vor, die Arbeit zu verlassen. Bisher ist es ihm noch nicht gelungen, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Die „Genossen" verfolgen ihn auf Weg und Steg und drohen ihm, daß dem B. nichts weiter übrig bleibt, als Frankfurt zu verlassen."

Und diese selben Leute singen in ihren Versammlungen „Freiheits"-Lieder.

* **Zur neuerlichen Anwesenheit des Frhrn. v. Hertling in Rom** schreibt die „Magdeb. Ztg.":

„Die abermalige Anwesenheit des Frhrn. v. Hertling in Rom gibt zu allerhand Vermutungen Anlaß. Wir haben unserseits keine Veranlassung, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, ob seine Anwesenheit Verhandlungen wegen eines bayerischen Kardinals oder über die Stellung Roms zum Reformkatholizismus betreffe. Weder das eine noch das andere hat für uns das mindeste Interesse. Bedauerlicher schon wäre es, wenn es sich, wie behauptet wird, um eine Erweiterung der katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg handelte, bei der, wie bei der Errichtung dieser Fakultät, doch nichts anderes herauskommen wird, als neue Zugeständnisse an ultramontane Begehrlichkeit. Das Schlimmste ist, daß er überhaupt verhandelt. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, wozu denn die preußischen und bayerischen Vertreter beim Vatikan da sind, wenn ein Mitglied des Zentrums für die Führung von Verhandlungen nötig ist und für geeigneter gehalten wird.

* **Der Kaiser** unternahm heute morgen einen Spaziergang im Tiergarten, sprach beim Reichskanzler Grafen v. Bülow vor, empfing im Sternsaal des königl. Schlosses den Baurat Schwechten und hörte von 10½ Uhr ab die Vorträge des Chefs des Generalstabes der Armee und des Chefs des Militärkabinetts. Nachmittags empfing der Kaiser den königl. sächsischen Geh. Hofrat Dr. Beseler.

— Die Tagung des preußischen Landes-Oekonomie-Kollegiums wurde heute durch den Grafen Schwerin-Löwitz eröffnet.

— Die soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland ist nunmehr hier begründet worden.

— Der sozialdemokratische „Vorwärts" brachte kürzlich folgende Notiz: „Die „Freisinnige Zeitung" befindet sich — nicht zum ersten Male — in finanzieller Schwierigkeit. Es handelt sich diesmal um die nicht geringe Summe von 60 000 Mark, die aufgebracht werden muß, um die für den Rain des Liberalismus unentbehrliche Zeitung zu halten. Herr Abg. Kämpf ist einer von denen, die besonders bemüht sind, die Summe zusammenzubringen. Doch die Geldleute scheinen nicht gebefreudig und es wird Ihnen, damit ihr Vertrauen in die „Freisinnige Zeitung" wiederkehre, angeflüstert, daß der Einfluß des Herrn Richter auf die Zeitung in Zukunft eine Verminderung erfahren werde." — Die „Freisinnige Zeitung" erwidert darauf nur: „Als Verlegerin der „Freisinnigen Zeitung" wird in der nächsten Zeit, ohne jede Aenderung in der politischen Richtung oder Haltung der Zeitung, anstelle der „Aktiengesellschaft Fortschritt" eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung treten, weil diese Rechtsform sich in formeller Beziehung für den Betrieb eines Zeitungsunternehmens praktisch am besten eignet. Die neue Gesellschaft wird in derselben engen persönlichen Beziehung zum geschäftsführenden Ausschuß der Freisinnigen Volkspartei stehen wie die Aktiengesellschaft Fortschritt. Soweit überhaupt die neue Gesellschaftsbildung zugleich größere Geldmittel mit sich bringt, seien diese bestimmt, mehr Spielraum zu schaffen für die weitere Ausgestaltung und Verbreitung der „Freisinnigen Zeitung".

* Aus dem Fürstentum **Ratzeburg.** Der Landtag für das Fürstentum Ratzeburg, der zum 22. Februar nach Schönberg (Mecklenburg) einberufen ist, wird auch in diesem Jahre, zum 35. Male, wie seit 1870, wieder nicht beschlußfähig sein, da die bäuerlichen Vertreter dem Landtage wie in den Vorjahren wieder fern bleiben wollen.

* **Sondershausen**, 4. Februar. Bei der Eröffnung unseres Landtages wurde u. a. auch darauf hingewiesen, daß, wie bei allen Staaten, auch hier die Finanzverhältnisse vom Reiche abhingen, und daß seine Reichsfinanz-Reform von großem Vorteil sei. Dem Landtage wird eine Reihe Gesetze zugehen, u. a. auch eins, das die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Geistlichen und Lehrer regeln soll. Es sollen die Hinterbliebenen der jüngeren Geistlichen und Lehrer besser als bisher versorgt werden.

Z. **Greiz**, 4. Februar. In der heute erfolgten Vermählung der Prinzessin Marie von Reuß ä. L. waren außer dem Bräutigam Frhrn. v. Gragnoni hier eingetroffen der Gemahl der Prinzessin Emma, Graf Erich Künigl-Ehrenburg, Graf Springenstein und Baron Frankenstein (sämtl. Offiziere). Die Herrschaften mochten gestern der Festvorstellung im Tivolitheater bei, wo „Mignon" gegeben wurde. Die Großherzogin Karoline von Weimar, die Schwester der Braut, hatte eine Brosche mit Brillanten geschickt; vom Bückeburger Hofe war eine Truhe eingetroffen. — Das neuvermählte Paar ist bereits nach München abgereist.

* **Koburg**, 3. Februar. Der diesjährige Verbandstag Deutscher Milchvereine findet hier in Koburg am 25. und 26. September statt.

* **Straßburg**, 3. Februar. Die elsaß-lothringische Handwerkskammer stellte für die auf 6. Februar anberaumte ordentliche Frühjahrssitzung des Eisenbahnausschusses für Elsaß-Lothringen den Antrag, die in Baden bestehenden Kilometerhefte für Elsaß-Lothringen einzuführen.

* **München**, 3. Februar. (Aus der bayerischen Kammer.) Die „Liberale Landtagskorrespondenz" stellt in Aussicht, daß die liberale Landtagsfraktion sich auch aus den Ausschüssen zurückziehen werde, wenn sie vom Zentrum wieder in der Art behandelt werde, wie bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Grundwertabgaben. Das Zentrum habe dort alle Anträge der liberalen Ausschußmitglieder, die nur im Interesse des flachen Landes und der kleinen Städte gestellt waren, unter den Tisch geworfen.

Ausland.

Frankreich.

Kulturkampfskandal. Paris, 4. Februar. (Tel.) Die Klerikalen verzeichnen hocherfreut einen Skandal im Freidenkerlager. Der ehemalige Geistliche Charbonnel beschuldigt den Senator Delpech, einen der Vorkämpfer des Antiklerikalismus, seinen Feldzug gegen die Börsenmakler als Söldling der Antisse geführt zu haben. Delpech erklärt Charbonnel für einen Lügner, Verleumder, Schurken und Söldling der Jesuiten; er fordert ihn auf, seine Verleumdungen einem Ehrengericht zu unterbreiten. Charbonnel lehnt das ab und gibt Delpech anheim, ihn vor den Geschworenen zu verfolgen. Die Nationalisten beeilen sich anzukündigen, daß sie den Zwischenfall zum Gegenstande einer Kammeranfrage machen werden.

Rußland und Japan.

Petersburg, 3. Februar. Hier wird plötzlich die ostasiatische Lage ernster aufgefaßt als bisher. Die Zeitungen bringen Mobilisierungsgerüchte aus den Osten. Auf dem gestrigen Hofballe hat der Kaiser einem Diplomaten, der seine Befriedigung über die friedliche Haltung Rußlands aussprach, erwidert: „Ja, alles aber hat seine Grenzen". Auch die Meldungen aus Sofia werden beachtet und in Zusammenhang mit der Weltlage gebracht. (Frkf. Ztg.)

London, 4. Februar. „Reuter-Bureau" berichtet aus Tokio von heute: Der japanischen Regierung ging die Mitteilung zu, daß alle russischen Kriegsschiffe, ausgenommen ein in Reparatur befindliches, gestern von Port Arthur abgegangen seien. Ueber ihre Bestimmung sei nichts bekannt. Amtliche japanische Berichte erzählen von einer großen militärischen Tätigkeit in der Mandschurei. Die Häuser in Liaojang und anderen Orten seien zur Einquartierung russischer Truppen hergerichtet. In Liaojang seien tausend Wagen zum Transport von Munition und Vorräten requiriert worden. Die russischen Truppen rücken stetig in der Richtung nach dem Jaluflusse vor. Die Chinesen in Jinkau schicken sich zur Flucht an. Den japanischen Handelsagenten in Wladiwostok sei gestern von dem Kommandanten der dortigen Garnison mitgeteilt, daß er gemäß den Befehlen aus Petersburg jederzeit in die Lage kommen könnte, den Belagerungszustand zu erklären. Er wünsche daher, daß der Agent alles für die eventuelle Abreise der japanischen Bewohner von Wladiwostok vorbereite.

Es ist nur natürlich, daß schon vor dem Ausbruche des Krieges erwogen wird, welche der streitenden Parteien die Verantwortung für den Kampf trifft. Da England, wenn nur irgend möglich, sich von einer aktiven Beteiligung fernhalten möchte, so erweist die englische Presse den japanischen Verbündeten wenigstens den Liebesdienst, die ganze Verantwortung für den Krieg Rußland aufzubürden. Das englische Hauptblatt, die „Times", schreibt: „Wenn Rußland sich für den Krieg entschließt, so wird es in Wahrheit ein Angriffskrieg sein, der keine Sanktion von der Tatsache herleiten kann, daß Rußland bereits im faktischen Besitze der Mandschurei ist.

SLUB
Wir führen Wissen.